

erfordert war. Es war ihm ein Glaspfeifer von dem Gaubner  
habegeleigt ins Auge geflogen, und so lagerte er das nicht mehr  
auf einer Seite. Nach dem Grand  
Dort, oder sonst?

**Bezugspreise:**  
Für Halle monatlich bei zweimaliger  
Ausstellung 3.00 Mark, vierteljährlich  
9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark  
auswärts Aufschlaggebühren. Be-  
stellungen werden von allen Res-  
pessanten angenommen. Im  
amtl. Zeitungsverzeichnis unter  
Zeitung eingetragene. Für  
unsererlangt eingegangene Man-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe. Halle-Zeitung ge-  
gründet. Fernr. der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Redig. Nr. 1142  
s. 7411, der Zeigungs-Redig. Nr. 1133

# Halle-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 6 Spalten 34 mm breite  
Millimeterzeile oder deren Raum  
30 Pf. und Reklamen die 92 mm  
breite Millimeterzeile 80 Pf. An-  
zeigen nehmen an unsere Ge-  
schäftsstellen u. für die Anzeigen-  
geschäfte. Erfüllungsort: Halle.  
Erscheint täglich 2 mal, Sonn-  
tag und Montag 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Drome-  
nade 1a, Str. Draubaustr. 17.  
Haben-Geschäftsstellen: Große  
Mühlstraße 32 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009

Nr. 20.

Halle, Dienstag, den 13. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

## Neue Tagung der Nationalversammlung.

Ungeklärte Lage im Eisenbahnerstreik. — Weitere Sabotageakte im Westen.

### Das Betriebsrätegesetz in der National- versammlung.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die heutige Volltagung der Nationalversammlung wird sich nur mit dem Betriebsrätegesetz befassen. Die zweite Lesung des Gesetzes beginnt erst um 3 1/2 Uhr nachmittags. Zu Entscheidung dieses Gesetzes wurde eine besondere Sitzungserichte notwendig, weil es nicht mehr vor Weihnachten beraten werden konnte, man aber auch die eigentliche Winterpause des Parlaments im Februar nicht mit dieser Angelegenheit belasten und ihre Verabschiedung nicht weiter verschieben wollte. Die Mehrheitsparteien haben ihre Mitglieder zu vollständiger Erledigung aufgefordert. Es wird wohl auch von einzelnen Fraktionen der Regierungskoalition verlangt werden, durch Wiederholung früherer Anträge die Vorlage in ihrem Sinne abzuändern, doch wird annehmen, daß schließlich das in der Kommission zustande gekommene Komпромiß Gesetz werden wird.

### Die Aufforderung zur Arbeit.

Düsseldorf, 13. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Heute vormittag wurden die streikenden Arbeiter durch den Militärbehördenbesuch aufgefordert, bis heute Mittag 1 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls seien gegen die Zurückbleibenden Konsequenzen zu erwarten. Nach dem von der Zentraldirektion in Düsseldorf ein Telegramm eintraf, wurde die streikenden Eisenbahner ebenfalls aufgefordert, spätestens 1 Uhr mittags die Arbeit wieder aufzunehmen. Anreize findet in Düsseldorf eine Veranlassung der im Streik befindlichen Eisenbahner statt, in der über die Wiederaufnahme der Arbeit Bescheid gegeben werden soll. Es heißt hier, die Gründe dafür, daß die Arbeiter der Aufforderung des Militärbehördenbesuch sowie der der Streikleitung Folge leisten werden.

### Die Lage nach wie vor ernst.

Breslau, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Seit gestern sind Neuigkeiten in der Lage nicht einzutreffen. Es ist noch wie vor ernst. Im Kohlenrevier ist alles ruhig. Eine Streikleitung besteht zurzeit nicht. Die Hungerkrawalle bewegen sich in der gleichen Höhe wie in der Vorwoche.

### Die Transportschwierigkeiten im Westen.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die die weitere Entwicklung des Eisenbahnerstreiks sein wird, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Nachrichten über Schwierigkeiten in einzelnen Orten stehen Berichten in anderen Orten gegenüber. Im Westen und Süden besteht in Neidermoselstreifen noch wie vor die Möglichkeit, daß der Zustand des Streiks keinen Aufschub bietet, die Verrennen zu verlieren. Auch Sabotage-akte haben sich ereignet. Entwürfe wird es hervorgerufen, daß die streikenden Eisenbahner durchschlagen haben, Lebensmittel und Militärstoffe durchzulassen haben. Die Fahrpläne verhandeln neben zwar auf der sich, aber die Streikenden haben den Fall mit demer vielen nicht zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten und unüberwindlichen Fortschritten notwendig, daß ein größeres Militärkontingent nach dem 15. Am Eisen Reichs liegen 1/2 Millionen Tonnen und 1/2 Millionen auf der Eisenbahn verladen, können aber nicht abfahren werden.

### Ein Eisenbahndiktator in Sicht.

Berlin, 13. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die gemeinsame Beratung von Vertretern der Reichs- und der Eisenbahnenverwaltung hinsichtlich der durch die Eisenbahnerstreik geschaffenen Lage wird berichtet, daß von mehreren wie von Reichsorganisationsstelle Vorbezugsmahnahmen gegen die allgemeine Verkehrsabstöße beschließen könnten. Zunächst soll, wenn alle anderen Mittel versagen, für die preußisch-sächsischen Eisenbahnen, die bisher allein vom Streik betroffen sind, ein Eisenbahndiktator ernannt werden mit der Aufgabe, für die ungeklärte Aufrechterhaltung des Eisenbahnerstreiks zu sorgen. Die Ernennung des Eisenbahndiktators soll auf Grund des § 48 der Reichsverfassung erfolgen. Der Diktator soll mit allen Vollmachten für die Durchführung seiner Aufgaben ausgestattet sein. Auch die militärischen Machtmittel sollen ihm notwendig zur Verfügung stehen. Ein Eisenbahndiktator ist der preussische Eisenbahndirektor Dele in Aussicht genommen, der in einzelnen Fällen schon in den einzelnen Direktionsbezirken für durch Kommissare vertreten zu lassen, denen er seine Vollmachten übertragen wird. Für den Fall, daß der Streik von den preussisch-sächsischen Bahnen aus auf die Bahnen in den anderen deutschen Staaten übergreifen sollte, ist auf die Ernennung eines Reichseisenbahndiktators mit den gleichen Vollmachten in Aussicht genommen. Auch ist erzwungen worden, ob nicht zum Schatz der Eisenbahnen, und Wasserwerke ein besonderer Diktator ernannt werden soll.

### Die Lage in Leipzig.

Leipzig, 13. Januar. (Drahtnachricht.) In der Mittagsstunde herrscht in Leipzig Ruhe und der Straßenbahnerstreik widert sich in normaler Weise ab. Die öffentlichen Geschäfte, die Banken und die großen Hotels sind militärisch besetzt. Auf dem Hauptbahnhof und an den öffentlichen Plätzen sind Militärposten aufgestellt. Durch die Streikenden haben keine Demonstrationen von Reichswehrtruppen, die durch die alarmierten Gendarmen in der Umgebung verläßt sind. Die meisten Beschlüsse von den Arbeitern und Kommunisten sind ohne Rücksicht verfallen. Zu StraßenDemonstrationen ist es nicht gekommen. So weit bekannt ist, wird auch überall gearbeitet.

### Protest von Eupen und Malmedy.

Brüssel, 13. Januar. Nach der „D. Allgem. Ztg.“ haben die vereinigten Landbesitzer von Eupen und Malmedy in Berlin einen Aufruf an alle erteilt, in dem sie gegen die Verarmung des Landes protestieren und eine unbeeinträchtigte freie, geheime Stimmgabe unter unparteiischer Leitung verlangen.

### Der Fall Lepa.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die „B. Z.“ meldet: Da bei der Eröffnung der heutigen Sitzung im Verlaufe der Lepa Frau Lepa wieder nicht erschienen ist, beschloß das Gericht, die Anklage zu verhaften und die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu versetzen. Die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß eine Krankheit von irgend welchem Belang nicht vorliegt.

### Kollhoff gefangen genommen.

Köln, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer deutschen Meldung aus London ist Admiral Kollhoff in Tretlet durch Hauptmann Papert gefangen genommen worden.

### Die Kommissionen kommen!

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die zur Kontrolle der Durchführung der Friedensbedingungen im Friedensvertrag vorgesehenen internationalen Kontrollkommissionen werden, soweit sie nicht schon fertig sind, noch im Laufe dieser Woche in Deutschland eintreffen. Die internationalen Marinekommissionen, die unter der Leitung des englischen Vizeadmirals Sir Henry Charlton steht, wird erst am Ende englischer Reise die deutschen Kriegsschiffe besichtigen und sich dann von der Durchführung der Friedensbedingungen überzeugen.

### 133 Drahtleitungen zerstört.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Durch den Sturm der letzten Tage sind jetzt 133 Drahtleitungen, darunter 82 rote, zerstört. Am Fernverkehr ist dadurch namentlich Süd- und Westdeutschland betroffen.

### Die Vorsichtsmaßnahmen in Leipzig.

Leipzig, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In einer gestern abend von der U. S. B. D. einberufenen Versammlung wurde kein Streikbeschluß gefaßt, vielmehr will man erst die weitere Entwicklung im Auge behalten. Anlässlich der Entscheidung über das Betriebsrätegesetz rechnet man auch hier mit der Möglichkeit des Ausbruchs von Unruhen. Die Regierung hat in und um Leipzig starke militärische Kräfte zusammengezogen. Wie die „Preussische Postzeitung“ meldet, sind Montag früh sämtliche öffentlichen Gebäude sowie alle Rekrutensquadronen von Reichswehrtruppen und Zeitweilungen besetzt worden. Ein öffentlicher Anruf des Militärbehördenbesuchers von Reichswehrtruppen war die Bevölkerung darauf, sich an Sammlen, Aufzügen usw. zu beteiligen, da die Truppen angewiesen seien, sofort scharf zu schießen.

### Erste Lage im rheinischen Braunkohlengebiet.

Ahn, 13. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber das in Aussicht befindliche rheinische Braunkohlengebiet ist heute morgen von der rheinischen Militärbehörde der Besatzungszustand verkündet worden. Die Streikenden müssen um 6 Uhr abends geräumt sein. Ansammlungen sind verboten. Männliche Personen dürfen nur in einem Abstand von fünf Metern die Straße passieren. Am Sonnabend abend sind über 100 Arbeiter, die der Leitung der streikenden Eisenbahner angehören, verhaftet worden. Das war das Signal zum Ausbruch. Mehrere Stunden haben unter Wasser und trocken zu erlaufen. Heute morgen haben die Eisenbahner der Hauptwerkstätten in Ahn und der übrigen Dienststellen in Ahn die Arbeit fast durchweg wieder aufgenommen, dagegen stellt die Ausstands-Bewegung jetzt im südlichen Teile des Ahner Direktionsbezirks im La.

### Staatsbankrott oder Steuerkuren?

Es gibt heute in Deutschland bei allem sonstigen Produktionsmangel eine Stelle, die quantitativ zu produktiver Höchstleistung gelangt ist, nämlich das deutsche Reichsfinanzministerium. Aber so wie schon früher man oftmals bei Beobachtung der Friederickentendenz der deutschen Produktion auf industriellen Gebiet hervorzuheben mußte, daß in einer so sehr geliederten Volkswirtschaft wie der deutschen viel mehr Wert an Qualitätsarbeit als auf Erzeugung von Massen-gütern gelegt werden muß, so möchte man auch jetzt oft die damalige Erkenntnis dem Herrn Reichsfinanzminister zu wohlwollender Erwägung vortragen.

Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß wir — ganz abstrakt ausgeprochen — bei unserer ganzen finanzpolitischen Arbeit nach dem verlorenen Kriege vor der Frage stehen, was vorzuziehen ist: der Staatsbankrott oder die Erhaltung der Finanzkraft des Staates auf Kosten zahlreicher Zerstörungen privaten Kapitals. Und bis an die Grenze des volkswirtschaftlich erträglichen wird man hier als das kleinere Übel das letztere wählen müssen. Bei unserer jetzigen Finanzpolitik steigt aber nun doch das sehr starke Bedenken auf, ob hier nicht ein Zustand geschaffen wird, der zwar die Staats-maschinerie erhält, aber das, was sie erhalten soll zerstört. Der Staat ist doch nicht der Endzweck der Politik und der finanzpolitischen Ordnung. Die finanzpolitische Organisation hat doch nur die eine große Aufgabe, die Gesamtheit der Einzelwirtschaften eng mit den Finanzinteressen der Gesamtheit zu verknüpfen und aus dieser Gemeinamtheit eine nach allen Richtungen hin befruchtete unauflösbare Reaktion herbeizuführen. Es ist bedauerlich, daß aus privatkapitalistischen Erwägungen heraus schon in früheren, den heutigen Problemen gegenüber unglücklich gering erscheinenden finanzpolitischen Maßnahmen des Staates, die von der Steuer-gesetzgebung besonders stark betroffenen Kreise fertig mit der Phrase vom Tod des Erwerbsebens bearbeitet haben. Denn heute, wo tatsächlich die Reformgesetzgebung des Reichsfinanzministeriums zu einer derartigen völligen Erstickung der Wirtschaftskräfte führt, findet der abgegriffene Reichsriß in der öffentlichen Meinung keinen gläubigen Neuanfänger mehr. Es ist dann auch weiterhin ein starkes Manco der Sachverständigen gegen die Reichsfinanzgesetzgebung vorliegende Kräfte, wenn sie selbst keine positiven Vorschläge vorbringen können, die Unterhaltung der vollen Wirtschaftskraft, der Zusammenbruch der Staatsfinanzen verhindert werden kann. Dem Reichsoberster gegenüber wurde die Finanzsanction empfohlen. Die gleichen Sachverständigen erklärten dann auf Anfrage des Reichsfinanzministeriums, daß bei Ausgabe einer Zwangsanleihe, zum Beispiel die Kriegsanleihe, Papier aus 20 bis 25 Jahren würden, was selbst bei dem heutigen Kursstand einer indirekten Beschlagnahme von 60 Prozent Wertes gleich käme. Solange die sachverständigen Kreise keine greifbaren positiven und aus dem Dilemma herausführenden Vorschläge zu machen imstande sind, wird niemand das Reichsfinanzministerium und die Nationalversammlung daran hindern können, auf dem jetzigen Wege fortzufahren.

Wir möchten hier nur die kurze Frage vorwerfen, warum nach Einsetzung der Valutakommission, warum nach Ausarbeitung zahlloser Denkschriften über die unglückbare Aufhebung der Kaufkraft und der dadurch herbeigeführten enormen Preissteigerung nichts geschieht, um hier systematisch den Weg der Befreiung dieser Grundübel zu beschreiten. Wo bleiben die Industrie-Subsidien, die aus dem Ausland als Träger von Auslandskrediten anerkannt würden? Wo bleiben die Steuer-Subsidien, die für die einzelnen Industrie-Gruppen die Steuerertragsverpflichtungen zu über-nehmen hätten, die großen Beträge aber dann auf einem einzelnen Industriellen entsprechenden Wege aufzubringen hätten? Wo bleiben die zahlreichen Maß-nahmen, die vorgeschlagen worden sind, die Aufhebung der Kaufkraft zu befähigen und den Abban der Preise ermöglichen? Wir können jetzt immer mehr Finanz-politisch auf einem Wege sein, der die jetzigen anormalen Verhältnisse unserer innewen und äußeren Weltent-wicklung im besten Falle stabilisiert, dadurch eine immer härtere Herausforderung der Staatsfinanzen bedingt, jedoch nach jedem neuen Steuererfolg sich wieder einigt

